



Kreisausländerbeirat

PRESSEINFORMATION

Dietzenbach, 2020-05-04

Gemeinsame Presseerklärung des Kreisausländerbeirates und der Ausländerbeiräte in den Kommunen des Kreises Offenbach

Dritte Lesung zum Gesetzentwurf zur Novellierung der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) am 06.05.2020

Der Kreisausländerbeirat und die kommunalen Ausländerbeiräte im Kreis Offenbach rufen erneut die Fraktionen der CDU und Bündnis 90/Die Grünen dazu auf, den Entwurf des „Gesetzes zur Verbesserung der politischen Teilhabe von ausländischen Einwohnerinnen und Einwohnern an der Kommunalpolitik sowie zur Änderung kommunal- und wahlrechtlicher Vorschriften“ hinsichtlich der „Optionsregelung“ zu ändern.

Die „Optionsregelung“ sieht zukünftig vor, dass in allen 1.000er-Kommunen die Gründung einer Integrations-Kommission zwingend und alternativ zur Wahl eines Ausländerbeirats vorgesehen ist. Damit erhalten Kommunen die Wahlalternative zwischen der einen und der anderen Beteiligungsform. Die kommunalen Ausländerbeiräte können von benannten Integrations-Kommissionen abgelöst und ersetzt werden. Dies führt im Ergebnis zu einem Verlust des Wahlrechts der ausländischen Bevölkerung.

Die Ausländerbeiräte im Kreis Offenbach haben sich mehrfach mit dem Entwurf befasst und mit den Vertreterinnen und Vertretern der Gemeindevertretungen, politischen Parteien und Landtagsabgeordneten zahlreiche Gespräche geführt und sich außerdem an der ersten Anhörung mit Stellungnahmen im Innenausschuss am 06.02.2020 beteiligt. Die Solidarität bei einem Großteil der politischen Kommunalvertretungen vor Ort ist für das Anliegen der Ausländerbeiräte dabei vorhanden und mehr als spürbar.

Die Ausländerbeiräte begrüßen in dem Gesetzentwurf das für sie vorgesehene Rede- und Antragsrecht in den Kommunalparlamenten und die Zusammenlegung des Wahltermins mit der Kommunalwahl, jedoch sind sie davon überzeugt, dass der Gesetzentwurf mit der vorgesehenen Änderung der „Optionsregelung“ die politische Beteiligung und das Wahlrecht der hier lebenden Migranten gravierend beschneiden wird. Mit der Benennung von Integrations-Kommissionen werden demokratische Rechte der ausländischen Bevölkerung gemindert.

Nach der Gesetzesänderung werden zahlreiche Ausländerbeiräte faktisch abgeschafft und die dadurch im Laufe mehrerer Jahrzehnte gewonnene politische Beteiligungsform geschwächt. Das ehrenamtliche Engagement von Migranten in dieser Form wird somit verloren gehen.

Eine Integrationskommission sollte deshalb **nur dann in Frage kommen**, wenn die Wahl eines Ausländerbeirates **nicht zustande** kommen kann.

Im Gesetzesentwurf zur Novellierung der Hessischen Gemeindeordnung wird die Bedeutung der Ausländerbeiräte als politisches Gremium verkannt. Die Beiräte und ihre Unterstützer bzw. Partner/innen engagieren sich nicht nur politisch, sondern ehrenamtlich in vielen Bereichen wie Integration, Prävention, Völkerverständigung und setzen sich für ein friedliches Miteinander und kulturelle Vielfalt in den Kommunen ein. Ausländerbeiräte sind Brückenbauer zwischen Behörden, Institutionen und Migranten und Berater für vielfältige Lebenslagen. Sie engagieren sich gegen Rechtspopulismus und Extremismus sowie in Bündnissen gegen Rechts.

Gerade die aktuelle Lage, in der unsere Gesellschaft durch Covid-19 bedroht ist, verdeutlicht uns, dass das Engagement der Ausländerbeiräte und der Geschäftsstellen der Ausländerbeiräte von großer Bedeutung sind, um die Beschlüsse der Bundes- und Landesregierung und des Robert-Koch-Instituts (RKI) an die Menschen mit Migrationshintergrund und an die Migrant*innenorganisationen weiterzugeben und zu vermitteln.

Am 06. Mai 2020 findet die Dritte Lesung zum Gesetzesentwurf zur Novellierung der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) statt. Trotz der vehementen Appelle, fundierten Argumente und Besorgnisse der Ausländerbeiräte in Hessen hinsichtlich der „Optionsregelung“ finden die Beiräte bisher in den ganzen Beratungen kein Gehör.

Die Ausländerbeiräte fordern die Landtagsfraktionen der CDU und Bündnis 90/Die Grünen darum eindringlich auf, den Gesetzesentwurf zu überdenken und im Sinne einer lokalen Demokratie und im Sinne aller Einwohner/innen entsprechend nachzubessern.

Unterzeichner:

- Kreisausländerbeirat Offenbach
- Ausländerbeirat Dietzenbach
- Ausländerbeirat Dreieich
- Ausländerbeirat Hainburg
- Ausländerbeirat Heusenstamm
- Ausländerbeirat Langen
- Ausländerbeirat Mühlheim
- Ausländerbeirat Neu-Isenburg
- Ausländerbeirat Obertshausen
- Ausländerbeirat Rodgau
- Ausländerbeirat Rödermark